

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

16.1.1928 (No. 13)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatslohn 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Geschäftszeit Karlsruher. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 4. bis 11. Januar 1928.

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.) Die Erwerbslosigkeit hat noch weiter zugenommen. So stieg die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 31 600 am 4. Januar auf 35 215 am 11. Januar, diejenige der Krisenunterstützungsempfänger von 7906 auf 8067.

In der Industrie der Steine und Erden sind weitere Entlassungen erfolgt.

In der Metallverarbeitung und in der Maschinenindustrie machte sich vereinzelt eine gewisse Verschlechterung infolge Auftragsmangels (Fehlen neuer Aufträge; Zurücknahme von Aufträgen) bemerkbar, ohne daß indes die Gesamtentwicklung eine wesentliche andere Richtung als bisher genommen hätte. Immerhin gelangten aus einem Betrieb 200 Leute zur Entlassung. Demgegenüber wurden in der Metallgießerei, im allgemeinen Maschinenbau, in der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen, der Industrie für Kranenbau, der Industrie für Eisenbahnbedarf weiterhin Kräfte, zumeist Facharbeiter, benötigt. In der Schmuckwarenindustrie gestaltete sich die Nachfrage etwas lebhafter als die letzte Woche, teilweise ist die Beschäftigung als sehr gut anzupreisen, daneben herrscht allerdings vereinzelt auch Kurzarbeit. Die Uhrenindustrie blieb gut beschäftigt. Dasselbe gilt im allgemeinen von der Papierverarbeitenden und von der Textilindustrie. In letzterer wurden neben Baumwollwebern und -weberinnen, Zwirnerinnen und Färbereiarbeiterinnen für Ganzfärberei gesucht. Verschiedene Lumpenfortieranstalten jodann melden Bedarf an Anlernkräften.

Ununterbrochen günstig gestaltete sich der Beschäftigungsgang in der Weinheimer Lederindustrie. Im Bekleidungsgebiete haben Entlassungen weiblicher Kräfte ihren Fortgang genommen.

Im Baugewerbe ermöglichte die milde Witterung sowohl Facharbeitern als auch Hilfs- bzw. Erdarbeitern die Wiederaufnahme von Arbeit. Im Hotelgewerbe ist das Angebot des Fachpersonals für die künftige Saison schon recht lebhaft, das Angebot an offenen Stellen hingegen augenblicklich ebenso schwach.

Singegen war die Nachfrage nach gut durchgebildetem hauswirtschaftlichem Personal nicht voll zu befriedigen.

Beginn der Länderkonferenz in Berlin

WTB. Berlin, 16. Jan. (Tel.) Heute vormittag 10 Uhr begann in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx die Konferenz der Ländervertreter, die sich mit den Fragen der Verwaltungs- und Verfassungsreform beschäftigen soll. Die Ministerpräsidenten und die zuständigen Ressortminister der Länder sind so zahlreich erschienen, so daß etwa 200 Personen an den Verhandlungen teilnehmen. Zu Beginn der Konferenz hielt Reichskanzler Dr. Marx eine längere Begrüßungsansprache. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen mindestens zwei Tage in Anspruch nehmen, wahrscheinlich aber sogar bis Mitte der Woche dauern werden.

An der Konferenz nehmen nicht nur die Staats- und Ministerpräsidenten, sondern auch die Finanz- und Innenminister teil. Die Verhandlungen sollen zunächst vertraulich geführt werden und Mitteilungen nur in Form von amtlichen Communiqués herausgegeben werden. Erst nach dem Abschluß der Beratungen soll die Öffentlichkeit in weitem Ausmaße unterrichtet werden. Nach einer Information der „Post. Ztg.“ glaubt man allgemein, daß diese Besprechungen im günstigsten Falle ein Aufstakt sein können, mit dem man in langsamer Entwicklung vielleicht weiter zu kommen vermag, daß sie selbst aber greifbare Ergebnisse nicht zeitigen werden. Nach einer weiteren Meldung des Blattes wird die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck bringen, den Ländern, die die Last der Verwaltung allein nicht mehr tragen können, eine Hilfe dadurch zu gewähren, daß sie, falls dies von den Ländern gewünscht wird, einzelne Verwaltungszweige übernimmt. Der Anfang sei zwischen dem Reich und Thüringen gemacht. Hier finden Verhandlungen wegen der Übernahme eines Teiles der Steuerverwaltung auf die Reichsfinanzverwaltung statt. Des weiteren werde die Reichsregierung Vorschläge hinsichtlich der Befreiung der Enklaven und Exklaven machen, und schließlich sollen bestimmte Sparmaßnahmen vorgeschlagen werden, die u. a. den Zustand der Doppelposten beseitigen sollen. Neben den einzelnen Staatssekretären nimmt auch der Reichsparlamentarischer Kommissar Saemisch an den Verhandlungen teil.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist in der letzten Woche um annähernd 9500 auf 206 348 Personen gestiegen.

Letzte Nachrichten

Die Nachfolgerschaft Gehlers

M. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Der Kampf um die Nachfolgerschaft des Reichswehrministers hat sich inzwischen verschärft, da es sich nicht nur um die Besetzung dieses Postens, sondern um die Stimme im Kabinett handelt. Sie kann den Ausschlag geben bei wichtigen Entscheidungen, was unter Gehler nicht der Fall war, da dieser sich immer nur als Fachminister, nie als politischer Minister fühlte. Das Zentrum hat jedenfalls gegen den Anspruch der Deutschen Volkspartei auf die Besetzung des Reichswehrministeriums Einspruch erhoben. Da Herr Dr. Curtius die Stellvertretung ziemlich deutlich abgelehnt hat und der Reichskanzler nicht in der Lage ist, neben dem Ministerium für die besetzten Gebiete auch noch ein zweites zu führen, so scheint die Lösung durch ein Provisorium nicht mehr wahrscheinlich. Voraussetzungen für morgen oder übermorgen wird die Entlassung Gehlers, die bisher nicht erfolgt ist, genehmigt werden. Für den Fall, daß man eine Neubesezung plant, kommt, soweit sich die Dinge in diesem Augenblick übersehen lassen, in erster Linie General Groener in Frage.

Die deutsch-österreichische Strafrechtskonferenz

WTB. Berlin, 16. Jan. (Tel.) Die deutsch-österreichische parlamentarische Strafrechtskonferenz hat in ihren Sitzungen am Samstag, Sonntag und Montag das gesamte Arbeitsprogramm erledigt. Es wurde eine Einigung über sämtliche Punkte erzielt, in denen die bisherigen Beschlüsse des österreichischen und des deutschen Strafrechtsausschusses voneinander abwichen. Die Teilnehmer waren Vertreter des Reichsjustizministers, des österreichischen Bundesrats und des preussischen Justizministers. Am Samstag und Sonntag besuchten sie die Staatsoper und die städtische Oper. Es ist in Aussicht genommen, die nächste Tagung der Konferenz in Dresden abzuhalten.

Streitbeschluss der Metallarbeiter in der Provinz Sachsen

WTB. Halle, 16. Jan. (Tel.) Eine in Halle abgehaltene Konferenz der Metallarbeiter beschloß einstimmig, den vom Landesdirektor gefällten Schiedsspruch abzulehnen und den Organisationen im Tarifgebiet Magdeburg-Anhalt-Halle zu empfehlen, mit sofortiger Wirkung in den Streik zu treten. Sollte es zu einer Arbeitsniederlegung kommen, so wären in der Provinz Sachsen 50 000 Metallarbeiter beteiligt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist in den hiesigen Betrieben, soweit sie dem industriellen Verband angehören, die Streikbeteiligung allgemein.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Tel.) In dem Lokalkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu morgen vormittag 11 Uhr zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

WTB. Magdeburg, 16. Jan. (Tel.) In der hiesigen Metallindustrie wird zur Zeit noch nicht gestreikt. Es findet jedoch in den hiesigen Betrieben eine Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches statt. Man rechnet mit dem Ausbruch des Streikes, da bereits heute vormittag verschiedene Betriebsräte erklärt haben, daß die Beschäftigten nachmittags 3 Uhr die Werk verlassen würden. In Anhalt, so in Dessau, Zerbst, Dornburg, Stahlfurt, ruht in den meisten Betrieben der Metallindustrie seit heute früh die Arbeit.

Der frühere Herzog von Sachsen-Meiningen †

WTB. Meiningen, 16. Jan. (Tel.) Der frühere Herzog Bernhard III. von Sachsen-Meiningen starb heute früh an den Folgen eines asthmatischen Leidens im Alter von 76 Jahren.

Der Zwischenfall in Landau

M. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Der Zwischenfall in Landau ist inzwischen erledigt worden. Er stellt sich anders dar, als ursprünglich berichtet wurde. Auf Betreiben des Verteidigers hat General Guilleaumat die Entlassung des verhafteten Reichswehrsoldaten angeordnet. Er war von einem französischen Posten festgenommen worden und zwar auf Demunziation hin, nachdem er wiederholt ohne Erlaubnis das besetzte Gebiet betreten hatte.

Amerika und die französischen Anleihen

M. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Das amerikanische Verbot für französische Industriebankleihen ist aufgehoben worden, weil sich Wallstreet stark an den französischen Unternehmungen beteiligen will, auch hofft — wie aus Washington gemeldet wird — die Regierung dadurch Zugeständnisse bei den Handelsvertragsverhandlungen zu erreichen. Diese Aufhebung gilt aber nicht für französische Regierungsanleihen.

Die Kriminalität in Baden 1926 und 1925*

I. Die Gesamtkriminalität Bei den badischen Staatsanwaltschaften sind in den Jahren 1926 (1925) 82 408 (77 059) Angelegene eingelaufen, von denen die Staatsanwaltschaft selbst 42 115 (36 677) eingestellt hat (Bad. Justizministerialblatt 1927 S. 39).

Die weiteren Feststellungen des badischen Statistischen Landesamtes ergeben folgendes Bild der vor den ordentlichen badischen Strafgerichten wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze rechtskräftig abgeurteilten Personen:

Table with 3 columns: Category, 1926, 1925. Rows include: Angeklagte, Rechtskräftig Verurteilte, davon wegen Delikte gegen das RStGB, davon männlich, davon weiblich, davon vorbestraft, davon mehr als viermal vorbestraft, Freigesprochene, Gerichtliche Einstellung des Verfahrens, davon aus dem Bereich des RStGB, Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre alte), Angeklagte, Jugendliche Verurteilte, davon weiblich, davon vorbestraft, davon mehr als viermal vorbestraft, davon von Strafe abgesehen, Freigesprochen, Erziehungsmaßregeln angeordnet, davon Schulpflicht, davon Fürsorgeerziehung, Strafaussetzung bei Jugendlichen.

In Hundertfachen ausgedrückt, ergibt sich, daß 57,7 (55) Proz. aller Verurteilten wegen Verbrechen und Vergehen gegen das RStGB bestraft worden sind; ferner: 87 (85,5) Proz. Verurteilte waren männlichen, 12,8 (14,5) Proz. weiblichen Geschlechts; vorbestraft waren 28,8 (26) Proz. der Verurteilten, freigesprochen wurden 5,9 (5,7) Proz. der Angeklagten. Jugendliche waren 2,8 und 2,9 (je 3,7) Proz. der Angeklagten und der Verurteilten. Die Erziehungsmaßregeln betrafen etwa 1/3 (1/2) der jugendlichen Verurteilten.

In Beziehung zur jeweiligen Masse der straffähigen, d. h. über 14 Jahre alten badischen Bevölkerung ergeben sich, wenn man nach den Erfahrungen der letzten 25 Jahre eine Bevölkerungszunahme von 1925 auf 1926 um 30 000 annimmt, folgende „Kriminalitätsziffern“: es entfallen auf jeweils 1000 straffähige Personen:

Table with 3 columns: Category, 1926, 1925 ±. Rows include: Verurteilte im ganzen, Männliche Verurteilte, Weibliche Verurteilte, Erwachsene Verurteilte, Jugendliche Verurteilte.

Es hat also die Kriminalität der Frauen und der Jugendlichen nachgelassen, während die Kriminalität im ganzen sowie die der männlichen und der erwachsenen Bevölkerung gestiegen ist. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der Vorbestraften bei den Erwachsenen und der Rückgang der Freisprechungen Jugendlicher.

* Vgl. „Die Kriminalität in Baden im Jahre 1925“ in der Karlsruher Zeitung vom 8. Februar 1927 Nr. 28.

Das griechisch-amerikanische Schuldenabkommen

M. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Das amerikanische Parlament wird — nach einer Meldung aus Washington — zu einer Sonderkonferenz wahrscheinlich noch in dieser Woche einberufen werden, um das griechisch-amerikanische Schuldenabkommen zu ratifizieren. Man will die amerikanischen Anteile von der griechischen Völkerbundsanleihe auf dem amerikanischen Markt unterbringen, das ist der Grund für die Beschleunigung.

In der ungarischen Regierungspartei sind Konflikte entstanden. Abg. Nagy veröffentlichte eine Erklärung, gegen den Ministerpräsidenten Graf Bethlen, auf dessen Aufforderung er aus der Partei hatte austreten müssen wegen der Brüsseler Vorverhandlungen in Angelegenheit des siebenbürgischen Optantenprozesses. Abg. Dr. Julius Berki meldet gleichfalls seinen Austritt aus der Regierungspartei an, da der jüngste Beschluß der Parteileitung über eine verschärfte Handhabung der Parteidisziplin ihn an der Entfaltung der freien Meinungsäußerung hindere.

Politische Neuigkeiten

Der Reichskanzler 65 Jahre alt

Am Sonntag war der 65. Geburtstag des Reichskanzlers Dr. Marx. Aus diesem Anlaß stiftete ihm mittags in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner der Reichspräsident der bereits vorher eine Blumenpende übersandt hatte, in Berlin einen Besuch ab, um persönlich seine Glückwünsche zu übermitteln. Im Anschluß überbrachten u. a. ihre Glückwünsche: Reichspräsident Ebert und Vizepräsident Dr. Meißner für den Reichstag, Minister Bergt mit dem Gesamtministerium hatte ein prächtiges Blumenarrangement mit Widmung übersandt. Außerdem hatte der apostol. Nuntius Mgr. Pacelli und der bayerische Ministerpräsident Dr. Held dem Reichskanzler ihre Glückwünsche zugehen lassen. Ferner ging ein Glückwunschtelegramm Dr. Stresemanns, der durch seine Krankheit an der Teilnahme am Glückwunschsbesuch des Reichskabinetts verhindert war.

Zumbusch gegen Marx

In einer Versammlung der Arbeiterwähler des Zentrums in Oberhausen hielt am Samstag der Zentrumsabgeordnete und Vorstand der Gewerkschaftspartei Christlicher Bergarbeiter, Zumbusch, eine sensationelle Rede, in der er heftige Angriffe gegen den Reichskanzler Dr. Marx als Parteiführer richtete.

Er betonte, daß viele Akademiker, Beamte, Wirtschaftler usw., die innerlich dem Zentrum fernestehen, heute der Partei angehören, um zu einem Posten zu kommen, während den Arbeitern der gebührende Einfluß auf die Partei fehle. Bei der Besoldungsreform seien maßlose Dummheiten gemacht worden. Zumbusch erklärte, er habe in der letzten Zeit vielfach die Aufforderung erhalten, eine neue Arbeiterpartei zu gründen, halte diesen Weg aber für falsch. Die heutigen Führer des Zentrums seien nicht mehr das, was sie vor drei Jahren waren. Das zeige schon die Erklärung, das Zentrum sei keine republikanische Partei. Ohne Befragung der Fraktion würden Vorlagen eingebracht mit dem Ziel einer gewaltigen Erhöhung der eigenen Gehälter. Man müsse gewisse Führer der Partei so lange wegschicken, bis sie zu besserer Gesinnung zurückgekehrt seien. Zumbusch wandte sich zum Schluß gegen die Ausführungen des Industriellen Neusch, denen entschieden entgegengetreten werden müsse. Die Kaufkraft des Geldes liege nach 8 Proz. unter der vor dem Kriege. Der alte Geist müsse ins Zentrum zurückgebracht werden, eventuell unter Aufstellung eigener Kandidaten gegen die offiziellen des Zentrums.

W.D. Essen, 16. Jan. (Tel.) Im Anschluß an die gestrigen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Zumbusch auf der Wählerversammlung der Zentrumspartei des Stadt- und Landkreises Essen wurde mit allen gegen drei Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung in sehr scharfer Weise Kritik an dem Schreiben des Reichskanzlers Dr. Marx an den katholischen Lehrerverband übt und betont, daß von dem obersten Beamten des Reiches und dem ersten Vorsitzenden der Partei ein anderes Verhalten hätte erwartet werden müssen. Die von durchaus sachlichen und grundsätzlichen Erwägungen getragene Stellungnahme Stegerwalds und seiner Freunde sei außer von den Arbeitern auch von weiten Kreisen des Mittelstandes und der Landwirtschaft geteilt worden, worüber sich der Reichskanzler auch in seinem eigenen Wahlkreis Gewißheit verschaffen könne. Stegerwald spreche die Versammlung ihr volles Vertrauen aus.

Besuch deutscher Journalisten in Prag

In Prag ist eine Anzahl hervorragender reichsdeutscher Politiker und Journalisten eingetroffen. Am Sonntag abend fand im „Deutschen Haus“ seitens des Verbandes der deutsch-christlichen Journalisten in der Tschechoslowakei eine Begrüßung statt. Der Chefredakteur der „Deutschen Presse“, Dr. Schaffer, begrüßte die reichsdeutschen Gäste. Auf die Begrüßungsansprache erwiderte Staatssekretär a. D. Dr. Brugger, und wies darauf hin, daß der Besuch der reichsdeutschen Journalisten zu keinem politischen Ereignis gestempelt werden solle. Es handele sich vor allem darum, die Verbundenheit von Blut, Sprache und Religion darzutun. Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Dr. Chvolkowsky habe ihm bei seinem letzten Besuch gesagt, mit diesem Besuch der reichsdeutschen Journalisten beginne eine neue Ära. Namens der Gäste sprach dann der Chefredakteur der „Königlich-wolfszeitung“, Dr. Goebel, der auf die bedeutende Stellung Prags in der Geschichte hinwies. Darauf gab Dr. Meißner einen Überblick über die geographischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Tschechoslowakei.

Die Einkufung der Reichsangehörigen. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, sollen die abgedrohten Verhandlungen mit den Angehörigen des Reiches im Schlichtungsverfahren erledigt werden. Prof. Dr. v. Müllendorff ist als Schlichter bestellt.

Badisches Landestheater

La Traviata

Viel Eigenartiges oder gar Überraschendes hat diese Neueinführung von Verdi's „La Traviata“ nicht gebracht, konnte es wohl auch kaum bringen, weil die Aufführungspraxis der Oper zu fest steht. Denn daß man aus dem modernen Gesellschaftsstand, als welches die Kameliendame aus dem Roman Dumas' bisher auf der Bühne weiterlebte, jetzt eine Wiedermeiergeschichte machen wollte, halte ich für durchaus nebensächlich. Das Pariser Milieu ist keineswegs echter geworden, und bei der zeitlichen Umdeutung haben wir leider als einziges Resultat nun schlechtere Mäde (wie den Derron) und auffallend verbrauchte und vergilbte Theaterkoben (bei den Damen) beobachtet können. Mit einer erfreulichen Ausnahme allerdings, sie betrifft das Kostüm der Flore Verbois; hätte Marg. Schellenberg in ähnlich diskreter und stilistisch sicherer Linie wenigstens alle Personen angezogen, viellecht hätten wir dann mehr gefallen an der neuen Atmosphäre gefunden, welche nunmehr die Tragödie eine der größten französischen Literaturgoten umgeben soll. Aber es hätte zu diesem Zweck auch Lorien Fecht mit bewußterem Geschmaack die Dekorationen dem Empfinden jener Epoche einordnen müssen, die an sich ganz gut dem Werk entspricht. Doch wie bei der Gardeboie die nach einem gewissen Gewandlungsverlangen die Musik nicht befriedigt werden konnte, so hat auch hier wohl letzten Endes die Kostenfrage die wünschenswerte szenische Lösung verhindert. In diesem Fall kann man indessen nicht ohne weiteres einsehen, warum die beiden Leiter unsres Ausstattungsamtes ihren Namen für eine derartig halb redigierte Sache hergeben mußten. Das alles ist freilich, wie schon gesagt, recht unbedeutend gegenüber der köstlichen Partitur, deren Schönheiten sich diesmal wieder in ihrer so beglückenden Popularität voll entfalten. Generalmusikdirektor Josef Krips vermittelte sie mit einer künstlerischen Natürlichkeit, die ihre auf Melodie und nur auf Gesanglichkeit sich gründende Elementarkraft unberührt ließ. Und er erfüllte sie mit zündender Ver-

Ein tschechoslowakisches Flugzeug entführt

W.D. Prag, 16. Jan. (Tel.) Das Ministerium für nationale Verteidigung meldet: Zwei aus der Militärflugschule anstalt in Krohns in Mähren ausgeschlossene Flugschüler und zwar Eduard Mika und der Korporal Marek, überfielen am Sonntag gegen 8 Uhr früh die Wache des Schuppens der Elementarflugschule und banden den Wachsoldaten und schlossen ihn gefesselt in den Abwaschraum ein. Hierauf entwendeten sie den Schlüssel des Schuppens, machten ein Flugzeug startbereit und flogen in nordöstlicher Richtung davon. Von dem Flugzeug sind bisher keine Nachrichten eingetroffen. Die Gendarmestationen in der Tschechoslowakei und auch im Auslande wurden von dem Vorfall verständigt.

2 1/2 Milliarden Reichsbahnvermögen. Das Reichsbahnvermögen befindet sich im Eigentum des Deutschen Reichs und ist im Zusammenhang mit der Eingliederung der Reichsbahn an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft auf 2 1/2 Milliarden Reichsmark festgesetzt worden. Nach Ablauf des Betriebsrechtes fällt das Reichsbahnvermögen wieder dem Deutschen Reich zu. Das Betriebsrecht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft endet, sobald sämtliche Reparationsschuldverschreibungen und Vorkausaktien getilgt, zurückgekauft oder eingezogen sind.

Gründung einer deutschen Reformpartei. In Berlin ist eine „Deutsche Reformationspartei“ gegründet worden. Der von Gosprediger Döring erlassene Gründungsauftrag fordert alle bismarckisch gesinnten Deutschen auf, in klarer Erkenntnis des reformatorischen Vorgehens der bismarckischen Staatsauffassung der bisherigen als unzulänglich erwiesenen Parteistruktur den Abschied zu geben und an die Stelle von fünf und mehr Parteien die „Deutsche Reformpartei“ zu setzen.

Die Leuna-Angelegenheit. Wie vom Rechtsbeistand des Obergerichtes Schönberger mitgeteilt wird, stellt Schönberger jede Teilnahme an den im Leunawald vorgekommenen Unterschleifen und Betrügereien entschieden in Abrede. Schönberger sei bisher vom Untersuchungsrichter nicht vernommen worden und wisse daher auch nicht, worauf sich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen stützen. Es sei unrichtig, daß er Leuna verlassen habe. Er denke nicht daran, sich der Verantwortung zu entziehen.

Letztändiger Protest in Kowno. Die lettische Gesandtschaft in Kowno hat bei der Regierung Woldemaras wegen der Entfernung von Schienen auf einem Teil der litauischen Strecke der Eisenbahnlinie Libau-Kowno einen diplomatischen Schritt unternommen. Es wurde hierbei erklärt, diese litauische Maßnahme habe nur das offensichtliche Ziel verfolgt, den Warentransport zwischen dem lettischen Hafen Libau und dem östlichen Polen nach der Öffnung der Grenze von Wilna zu unterbinden. Für den Fall, daß der Schritt erfolglos bleiben sollte, erwartet man die Absendung einer offiziellen Protestnote.

Tschechoslowakischer Sichtvermerk. Zu Meldungen, wonach der tschechoslowakische Sichtvermerk ab 1. April aufgehoben werden soll, wird aus Berlin mitgeteilt, daß Verhandlungen über die Aufhebung des Visums schweben. Die Tschechoslowakei macht die Aufhebung abhängig von dem Zustandekommen eines Gesetzes über den Schutz ihres heimischen Arbeitsmarktes und dieses Gesetz liegt dem Parlament erst vor. Es muß also abgemartet werden, ob dieses Gesetz bis zum 1. April angenommen wird.

Die polnischen Wahlen. Der Primas von Polen, Kardinal Dr. Slon, der gegenwärtig in Rom weilt, hat nach dem „Oberst. Kur.“ an das Generalsekretariat in Rosen ein Telegramm gerichtet, durch das sämtlichen Geistlichen der Diözese Rosen-Gnesen die Kandidatur zum Sejm und Senat verboten wird. Ursprünglich galt das Verbot auch für den deutschen Domherrn Klinko. Von etwa 1000 wahlberechtigten deutschen Personen in Kowno fehlen fast 800 in den Wahllisten. Die deutschen Kreise bemühen sich, die nicht eingetragenen Personen noch rechtzeitig zur Aufnahme in die Wahllisten zu bringen.

Keine italienische Beteiligung an der Brestia. Italien hat seine praktisch schon weit vorbereitete Beteiligung an der Kölner Ausstellung „Brestia“ mit der Begründung zurückgezogen, daß manche deutschen industriellen Körperschaften die Beschädigung der Mailänder Weltausstellung ablehnten. Die Mailänder Messeleitung hatte beschlossen, ihre diesjährige Messe mit einer zweimonatigen Ausstellung zu verbinden und hierbei die zehnjährige Wiedergeburt des Steges Italiens zu feiern.

Das bolschewistische „Todesurteil“ gegen den Papst. Nach Erkundigungen des römischen Berichterstatters der „Köln. Ztg.“ beruht die Meldung des „Impero“ über die Zusage des bolschewistischen Todesurteils gegen den Papst an den Vatikan auf einem Passus einer Rede des venezianischen Kardinals Lafontaine, worauf der Vertreter einer französischen Agentur die Nachricht an französische Blätter verbreitete, aus denen sie vom „Impero“ übernommen wurde. Tatsächlich ist das „Todesurteil“, auf das Lafontaine anspielte, alten Datums; aber es ist niemals dem Vatikan mitgeteilt worden, wie der „Impero“ behauptete.

aus aller Konvention, die da und dort ihr anhaften könnten. Marx von Ernst hat als Violetta Valery stimmlich eine ihrer staunenerregendsten Leistungen, darstellerisch lag ihr das Dämonische um so ferner. Der mit Liebesarien und Liebesduetten ebenfalls reich ausgestatteten Figur des Alfred Germont kam Wilhelm Rentwig mit seinem frischen Temperament recht nahe; bei solch routinierter Auslegung mußte man zwar auch einige Einzelheiten mit in Kauf nehmen, die einer genaueren Prüfung bezüglich der Qualitätssicherheit dieses Vokaltalents nicht standhielten. Den Valer Germont sang Rudolf Weyrauch trotz anfänglicher Vorsicht nicht einwandfrei. Später wuchs seine Disposition zusehends dort, wo er sich der Bruststücke ausgiebig bediente, oder die stimmlichen Unbedenken, die vor allem im An- und Abschwellen jeden ausgeglichenen Übergangsübergang vermissen lassen, konnte er leider nie ganz vermeiden. Im Vokalensemble forderten noch Emmy Seiberlich und Käthe Burgef sowie Karl Laufötter, Karlheinz Eber und Adolf Vogel als frische, spielgewandte Sängergesellen und Sänger gebührende Beachtung. Die Aufführung, die von Dr. Hermann Bucherspermanns Regietalent sonst keinerlei bemerkenswerte Variation des Üblichen verlangte, fand im stark besetzten Haus lebhaften Beifall. Als Repertoirestück wird Verdis Traviata jedenfalls den Erfolg seiner kürzlich erst aufgeführten „Nacht des Schicksals“ erheblich überdauern.

Badisches Landestheater. Mittwoch, den 18. Januar findet eine Aufführung von Verdis Oper „Der Troubadour“ in der erfolgreichsten Neueinführung der vergangenen Spielzeit statt. In dieser Vorstellung singt Armin Weltner als Gast die Partie des Grafen „Luna“. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz und die szenische Leitung Robert Lebert. Freitag, den 20. Januar geht zum drittenmale Verdis Oper „Die Nacht des Schicksals“ in der Besetzung der Erstaufführung in Szene, unter der musikalischen Leitung von Josef Krips. Das Werk wurde von Otto Krauß in Szene gesetzt.

Kurze Nachrichten

Der heftige Staatspräsident amtsüde. Die Berliner „Welt am Montag“ will von gutunterrichteter Seite in Darmstadt erfahren haben, der heftige Staatspräsident Karl Ulrich, der seit dem Zusammenbruch ununterbrochen an der Spitze der Weimarer Koalition in Hessen steht, beabsichtige, am 28. Januar, seinem 75. Geburtstag, von seinem Amte zurückzutreten, da er sich den Anstrengungen nicht mehr gewachsen fühle. Nach seinem Rücktritt werde er als Landtags- und Reichstagsabgeordneter weiter für die Sozialdemokratie tätig sein. Als der Nachfolger im Staatspräsidium werde der Landtagspräsident und Mainzer Bürgermeister Adelung genannt.

Die Reparationskommission hielt am Samstag in Paris eine Sitzung ab, über die ein amtlicher Bericht nicht ausgegeben wurde. Sie hörte dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, und billigte grundsätzlich die österreichische Anleihe.

Auf dem Parteitag der jugoslawischen Demokraten sprach u. a. Außenminister Marinowitsch. Er drückte den Glauben an den Völkerbund aus. Das Prinzip der jugoslawischen auswärtigen Politik sei der Grundsatz: „Der Balkan den Balkanländern.“ Südslawien fordere weder Priorität noch Hegemonie. Wir wünschen Brüderlichkeit, werden jedoch das Prinzip „Der Balkan den Balkanländern“ und die Unabhängigkeit der Balkanvölker selbst dann verteidigen müssen, wenn wir allein stehen sollten.

Das amerikanische Flottenbauprogramm. Marine-Sekretär Milburn teilte im Marineauschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses mit, das Marineamt habe ein umfassendes zehnjähriges Bauprogramm entworfen, wovon das bereits gemeldete 725-Millionenprogramm nur einen Teil bilde. Das Gesamtprogramm sei: jährlich Ausgaben von etwa 120 Mill. für spätere Schiffsbauarbeiten usw. vor. Dies werde die Gesamtsumme etwas über 2500 Millionen Dollars bringen.

Eine Waffenladung aus Brunn für China. Der tschechoslowakische Dampfer „Praga“ ist in Manila (Philippinen) mit Ladung von 2500 Tonnen, darunter 40 000 Gewehre nebst Munition, im Werte von zwei Millionen Golddollars eingelaufen. Die für China bestimmte Ladung stammt aus einer tschechoslowakischen Waffenfabrik, nicht, wie behauptet wurde, von Krupp.

Badischer Teil

Die Länderkonferenz

Auf der heute in der Reichskanzlei beginnenden Länderkonferenz wird Baden durch den Staatspräsidenten Dr. Reimann und den Finanzminister Dr. Schmitt, sowie durch den Gesandten Gumbel in Berlin und den Reichsratsbevollmächtigten, Ministerialdirektor Kempf, vertreten sein.

Zum 65. Geburtstag des Reichskanzlers Marx hat der badische Staatspräsident an diesen namens der badischen Regierung ein Glückwunschschreiben gerichtet.

Badischer Landtag

Ausflug für Gesuche und Besuchen

Anlaßlich der Erörterung eines Gesuches um Ermäßigung der Gebäudebesondersteuer beschäftigte sich der Ausschuss mit der Frage, ob der Landtag als weitere Instanz zur Prüfung von Ermessensfragen im Sinne des Härteparagrafen des Gebäudebesondersteuergesetzes wie auch sonst grundsätzlich in Betracht komme. Redner des Zentrums wie auch der Regierungsvertreter wiesen darauf hin, daß es zwar Recht jedes Staatsbürgers sei, Gesuche an den Landtag zu richten, daß aber der Landtag verpflichtet sei, auf Grund der Vorschriften der Verfassung zu prüfen, ob seine Zuständigkeit gegeben sei. Zwar ist der Landtag nach der Verfassung berechtigt, sich mit allen ihm geeigneten Fragen zu befassen. Dabei wird er aber bedacht sein, daß er in erster Linie eine gesetzgebende Körperschaft ist, und es vermeiden muß, zur Verwaltungsstelle zu werden. In dem zur Debatte gestandenen Fall wurden nach einem Antrag von Zentrumsseite beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen.

Ein Gesuch um Rückerstattung bzw. Nachlass eines Preises für ein gekauftes Grundstück wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, ebenso eine weitere Anzahl von Gesuchen mangels Begründung.

Einführung von Steuerkarten an die Versorgungsämter

Die von den Versorgungsämtern an ehemalige Offiziere, Sanitätsoffiziere und Beamte oder deren Hinterbliebenen sowie an die ehemaligen Kapitulanten und deren Hinterbliebenen auf Grund von geleisteter Dienstzeit zu zahlenden Versorgungsbezüge unterliegen dem Steuerabzug. Die Steuerkarten, die bestimmungsgemäß den Versorgungsämtern einzusenden sind, sollen erkennen lassen, ob 10 v. H. oder weniger als Steuer abgezogen und an die Finanzbehörde abzuführen sind. Liegt eine Steuerart nicht vor, so kann die Frage der Höhe des Steuerabzuges nicht geprüft werden; es werden in diesem Falle stets volle 10 v. H. als Steuer in Abzug gebracht. Die rechtzeitige Einführung der Steuerkarten an die Versorgungsämter ist daher unbedingt erforderlich, wenn dem obengenannten Personenkreis nicht wirtschaftliche Nachteile entstehen sollen.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Bodenseufer

Hielt am Donnerstag im Sitzungssaal des Meersburger Rathauses eine Besprechung der Landesobmänner mit der Tagesordnung: Organisationsfragen. Leiter der Besprechung war der Landesobmann für Baden, Regierungsbaurat Meißner, Konstanz.

Aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß die Besprechungen der Arbeitsgemeinschaft gebührende Berücksichtigung fanden. Erwähnt wurden dabei die Bemühungen um die Befreiung des Meersburger Fährhafensprojektes und der Kläne der Durchführung der Uferstraße Meersburg-Friedrichshafen. Österreich hat als erster der fünf Bodenseeuferstaaten eine finanzielle Unterstützung der Uferbauarbeiten bewilligt. Die Werberversammlung soll in der ersten Hälfte des Mai in Lindau abgehalten werden. Dort wird einleitend Professor Dr. Schwenkel, Stuttgart, über Aufgaben und Ziele der Arbeitsgemeinschaft sprechen, während Universitätsprofessor Dr. Wagner zur Auswirkung der Bodenseeregulierung auf Ufergestaltung, Seefahrt und Flora insbesondere über die Fischerei sprechen wird. Oberbaurat Lutz, Konstanz, referierte sodann über das Projekt der Bodenseeregulierung. Nach der Besprechung nahm man eine Einladuna der Badischen Domäne in Meersburg an.

Zur Lage der Landwirtschaft

Die Zeitung der landwirtschaftlichen Bezirksvereine Nassau-Baden-Gernsbach hatte am Sonntag seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Kundgebung nach Nassau einberufen, um Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen, die die Landwirtschaft gegenwärtig beschäftigen, zu nehmen. Es waren über 1100 Personen erschienen, insbesondere Vertreter der Landw. Berufsorganisationen. Die Tagung wurde durch ein Referat des Verammlungsleiters Busse, Nassau, eingeleitet, der besonders die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und der Gemeinschaftsarbeit der einzelnen Organisationen untereinander unterstrich.

Zur Frage der künftigen Milchpreisgestaltung referierte Wachs, Karlsruhe. Eine diesbezügliche Resolution gibt die Erwartung Ausdruck, daß es gelingen möge, das für Stadt und Land gleich wichtige Ziel, nämlich eine ausreichende Versorgung der Städte mit badischer Milch und einen ausreichenden Arbeitslohn für den badischen Landwirt zu erreichen. — Bürgermeister Schneider, Gaggenau, sprach über die derzeitige Notlage des Bauernstandes und die hieraus der Kreisverwaltung erwachsenden Aufgaben. Die Versammlung brachte schließlich ihre Forderungen in einer einmütigen angestimmten Resolution zum Ausdruck, in der die landwirtschaftlichen Organisationen Badens ersucht werden, gemeinschaftlich eine Zentrale zur Vertretung der von norddeutschen landwirtschaftlichen Organisationen auf die badischen Schafwollmärkte geworfenen Schafschweine ins Leben zu rufen, um die badische Landwirtschaft vor schweren Absatzrisiken zu bewahren zu können. Die Regierung solle die Einführung geschlachten französischen Viehs raschmöglichst unterbinden. Die Bad. Regierung wird ferner ersucht, die ungenügende Murgabingung zu verbessern und die beteiligten Gemeinden bei der Verbesserung des Pfaffenheimer Mühlbades tatkräftig zu unterstützen. Zur Hebung der Pferdezucht sollten geeignete Schritte getan werden. Schließlich wurde die Befragung der Grundbuchämter in ihrem seit herigen Tätigkeitsbereich verlangt.

Die Tagung war mit fachwissenschaftlichen, gemeinverständlich gehaltenen Vorträgen verbunden. Den Schluß der Versammlung bildete der große „Deutsche Grünlandfilm“ vom deutschen Grünlandbund in München, sowie ein belehrender Film über das Wachstum der Pflanzen.

Badischer Städteverband

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Pforzheim unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Winter, Karlsruhe, eine Vorstandssitzung ab. Über ihren Verlauf wird berichtet:

Unter Anderem wurde beschlossen, anfangs März eine Hauptversammlung in Karlsruhe abzuhalten, welche sich neben der Erledigung der 1. H. zurückgestellten Fragen, der Satzungsänderung in erster Linie mit der Lage des inneren Finanzausgleichs unter besonderer Berücksichtigung der Abweiserungssteuern, der Polizeikosten und der Fürsorgekosten befassen soll. Die Frage der Verwaltungsreform soll in einer späteren Tagung behandelt werden. Bei der Berechnung des Gemeindeanteils an den Kosten der im Polizeidienst verwendeten Schutzpolizisteneinheiten stellt das Ministerium den Beitrag nicht in Rechnung, den es vom Reich zu den Kosten der Schutzpolizei erhält. Die Städte können sich mit diesem Verfahren, das eine ungerechtfertigte erhebliche Mehrbelastung der Städte zur Folge hat, nicht zufrieden geben. In gleicher Weise wird auch die Weigerung des Ministeriums, die Polizeibeamten für die durch Reichs- oder Landesgesetze notwendig werdenden Erhebungen durch die Städte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, nicht gebilligt, nachdem die Städte einen erheblichen Teil des Aufwandes der staatlichen Polizei zu tragen verpflichtet sind. Die Regierung hat bereits vor einigen Monaten den gesetzlich vorgesehenen Landesanteil an den Aufwendungen für die gehobene Fürsorge erheblich gekürzt. Vor kurzem wurde eine weitere Verminderung des staatlichen Anteiles und zwar von 1/2 auf 1/4 mit Wirkung vom 1. 4. 1928 in Aussicht gestellt. Eine derartige Lastenvermehrung kann nach Ansicht der Städte nur im Rahmen einer allgemeinen Änderung des Finanzausgleichs erfolgen, derart, daß der Mehrbelastung der Städte eine entsprechende neue Einnahmequelle gegenübersteht. Statt dessen ist den Städten im letzten Jahre durch die Befreiung der Wein- und Trümpfweinsteuer sowie durch die Erhebung einer neuen Einnahmequelle genommen worden, die in erster Linie zur Deckung der immer mehr anwachsenden Fürsorgekosten zu dienen bestimmt war. Der Städteverband muß daher der Kürzung des Landesanteils nachdrücklich widersprechen.

Von sonstigen Gegenständen der umfangreichen Tagesordnung seien noch erwähnt: Die Durchführung der Besoldungsreform, die Dienstkleidung der Beamten, die Gasfernversorgung, die Befreiung der Verwaltungsausgänge der Arbeitsämter.

Der Umbau des Freiburger Hauptbahnhofes

Der Freiburger Hauptbahnhof reicht zur Bewältigung des starken Personenverkehrs, für den nur zwei Bahnsteige zur Verfügung stehen, nicht mehr aus. Ferner wird die Kreuzung der zweigleisigen Rheintalbahn durch die Höllentalbahn betrieblich außerordentlich lästig empfunden, und endlich durchfährt die Höllentalbahn den dicht bebauten Stadtteil Wiehre in Straßenhöhe. Diese Verhältnisse führten zum Entschluß, die Verkehrsverhältnisse in Freiburg in großzügiger Weise zu verbessern. Die Höllentalbahn wird aus dem bebauten Stadtgebiet hinaus verlegt und dabei wird gleichzeitig die schienengleiche Kreuzung durch eine Überführung der Höllentalbahn über die Hauptbahn Mannheim-Basel besetzt. Alle hiesigen Straßen werden unter- oder überführt, auch die Landstraße Freiburg-Basel wird unterführt. Ein neues Maschinenhaus für 32 Lokomotivstände wird errichtet. Das Aufnahme-Gebäude wird bedeutend vergrößert. Vier neue Personenbahnsteige mit acht Bahnsteiggleisen von 250—300 Meter Länge werden gebaut. An ihrem Nordende werden die Bahnsteige durch einen breiten Personentunnel unter sich und mit dem Aufnahme-Gebäude verbunden. Zwischen dem Personenbahnsteigen sind Gepäckbahnsteige mit dem im Aufnahme-Gebäude liegenden Gepäckraum vorgesehen, die durch elektrische Aufzüge und einen Gepäckentwurf mit dem im Aufnahme-Gebäude liegenden Gepäckraum und unter sich in Verbindung gebracht werden sollen. Südlich an die Bahnsteig-Anlage schließt der Güterbahnhof an, nördlich die Anlagen für den Postverkehr. Die Gesamtbaukosten sind zu rund 20 Millionen Reichsmark veranschlagt. Man hofft, den Bau in fünf bis sechs Jahren zu Ende führen zu können.

Die Wasserversorgung in Sigen a. O. Nachdem durch Erstellung des neuen Tiefpumpwerkes am Schlachthaus die Wasserförderung der Stadt Sigen hinsichtlich der Menge des benötigten Wassers auf viele Jahre hinaus gelöst worden ist, war bisher der Wasserdruck, besonders bei plötzlich auftretendem starkem Wasserbedarf, bei Brandfällen usw., noch unbefriedigend. Nach dem Vorbild der Stadt Stuttgart hat sich die Stadt Sigen nun für eine automatische Wasserdruckregulierung entschieden, die es gestattet, für jedes Stadtgebiet den erforderlichen Wasserdruck zu erzeugen und zu regulieren. Die Kosten werden auf etwa 60 000 RM veranschlagt. Die Fertigstellung ist bis März zu erwarten.

Gemeinde-Rundschau

Ergänzung des Karlsruher Bürgerausschusses. Das bisherige Mitglied des Bürgerausschusses, Präsident Dr. Wilhelm Engler, hat sein Amt als Stadtverordneter wegen seiner Berufung nach Frankfurt a. M. niedergelegt. Als sein Nachfolger hat Amtsdauer bis zu den nächsten ordentlichen Gemeindevahlen (November 1930) rückt der nächste, der Wahlvorschlagsliste der Sozialdemokratischen Partei angehörige Bewerber, Redakteur Josef Eisele in Ruppurr, Pfaffenweg 50, nach.

Zu einer Bürgermeisterversammlung des Landbezirks Heidelberg waren etwa 40 Gemeindevertreter erschienen. Der Vorsitzende, Bürgermeister Diem, Sandhausen, gab einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Geschäftsjahr. Der erste Punkt „Verwaltungsreform“ rief eine lebhafte Debatte hervor. Dabei kam der Wunsch zum Ausdruck, daß Baden wieder zu stärkerer Selbstverwaltung gelangen müsse. Es wurde dagegen Stellung genommen, daß die städtischen Beamtenorganisationen in Zukunft getrennt marschieren wollen. Der vierte Punkt der Tagesordnung, die städtischen Beamtenorganisationen in Zukunft getrennt marschieren wollen. Der vierte Punkt der Tagesordnung, die städtischen Beamtenorganisationen in Zukunft getrennt marschieren wollen. Der vierte Punkt der Tagesordnung, die städtischen Beamtenorganisationen in Zukunft getrennt marschieren wollen.

Aus der Landeshauptstadt

Großes Presse- und Bühnenspektakel „Linte und Schminke“

Der Festleitung ist es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, eine Jazzkapelle von Westruß für das große Presse- und Bühnenspektakel in der Festhalle am 4. Februar zu verpflichten. Und zwar handelt es sich um die Jazzkapelle, die zur Zeit im „Hotel Claridge“ in Paris spielt. Es ist eine internationale Kapelle, die in den Weltstädten, wie New York, London, Paris, sowie in den elegantesten Badekurorten den glanzvollsten Ruf genießt. Es gibt in der Tat in Europa nur wenige Kapellen, die mit ihr in einem Atemzuge genannt werden könnten. In Karlsruhe zumal hat eine derartige Kapelle noch nie konzertiert. Die Besucher des Festes werden also mit einem ungewöhnlichen Genuß rechnen können. Die Kapelle besteht übrigens aus Weibern, nicht etwa aus Männern.

Vielen Besuchern des Festes wird hier zum ersten Mal Gelegenheit geboten werden, eine richtige Jazzkapelle kennenzulernen. Denn man muß nicht glauben, daß das was sonst so zwischen durch in größeren und kleineren Städten Deutschlands als Jazzkapelle auftritt, wirklich diese Bezeichnung verdient. Sicher werden auch die Kreise, die bisher auf Grund mangelhafter Erfahrungen die Jazzmusik ablehnten, nach dem Genuß der Kapelle des Hotels Claridge zu einer anderen Auffassung gelangen. Unsere Jugend aber und mit ihr im Grunde alle tanztroischen Elemente schließlich werden das Engagement dieser Kapelle verständnisvoll begrüßen.

Schriftliche Anmeldungen bis zum 20. Januar an das Zentralbüro, bei Herrn Chefredakteur Amund, Karl-Friedrichstraße 14. Müssen können zu einer Vorkontrollgebühr von 20 RM für die Mische, ebenfalls im Zentralbüro schriftlich vorzustellen werden. Einzelplätze und Einzelstühle können von der Festleitung nicht reserviert werden. Alle Anmeldungen nach wie vor schriftlich.

Die bestellten Karten können vom Montag, den 16. Januar ab jeweils nachmittags zwischen 2½ und 7 Uhr im Zentralbüro, Karl-Friedrichstraße 14, Redaktion der „Karlsruher Zeitung“, abgeholt werden.

Trauerfeier für Minister Dr. Süß. Für den verstorbenen Kultusminister a. D. Dr. Süß fand am Samstag mittag in der hiesigen Friedhofskapelle eine Trauerfeier statt, zu der zahlreiche Vertreter der Behörden, u. a. Staatspräsident Dr. Remmele, an Stelle des erkrankten Justizministers Ministerialdirektor Schmitt, als Vertreter des ehem. Großherzogs Dr. von Engelberg und zahlreiche Leidtragende und Verehrer des Verstorbenen erschienen waren. Geistl. Rat Dr. Stumpf hob die hohen menschlichen Eigenschaften des Verstorbenen hervor. Kultusminister Keers gedachte der großen Verdienste, die der Verstorbene sich in rastloser Arbeit erworben hat. Staatsminister a. D. Freiherr von Bodman pries den verstorbenen Freund als Soldaten, Staatsbürger und Beamten. Es folgte noch eine Reihe von Ansprachen, die alle die hohen Eigenschaften des Dahingegangenen kennzeichneten. U. a. sprach der frühere badische Staatspräsident Freiherr von Bodman seinem Freund und Kollegen herzliche Abschiedsworte. Dann senkten sich die Fahnen zum Abschiedsgruß. Die Leiche wurde nach dem Begräbnis des Verstorbenen, Wertheim, übergeführt, wo die Beisetzung erfolgt.

Die Badische Anwaltskammer hält am 29. Januar im hiesigen Justizgebäude eine ordentliche Versammlung ab.

Die tägliche Gymnastik. A. Glüder hielt vergangenes Samstag im Bürgeraal des Rathauses einen Vorkühnungs-Vortrag über das Thema „Die tägliche Gymnastik“. Er sprach u. a. über richtige Atempflege, individuelle Leibesübungen, Anpassung der Übungsformen an das natürliche usw., kurz worauf es in der Gymnastik hauptsächlich ankommt. Dabei wandte sich der Redner gegen die einseitigen, schablonenhaften und falschen Gymnastikmethoden und verwort vornehmlich solche Sportübungen, welche nur Rekordeleistungen bezwecken. — Nach kurzer Pause folgten einige praktischen Beispiele über richtige Atmung, Übungen für Büro- und sonstige Berufsstätige, sowie für Mädchen, Frauen und Männer verschiedenen Alters. — Mit einem Aufruf zur Tat schloß der Lehrer den interessanten Abend. — Das nicht allzugroße Publikum nahm die Darbietungen dankbar auf.

Einer der Einbrecher in der Justizkasse verhaftet? In Berlin wurde ein Mann verhaftet, von dem man vermutet, daß er einer der Einbrecher ist, die kürzlich in der hiesigen Justizkasse eine größere Summe entwendet haben.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die am Samstag westlich Schottland anrückende Zyklone ist ostwärts nach der westlichen Nordsee gezogen. Ihre südlichen Ausläufer haben gestern allenthalben Regenfälle gebracht; nur im höchsten Schwarzwald kam es bei starken Südwestwinden auch zu Schneefällen (Feldberg Schneehöhe 10 Zentimeter). Die Temperaturen liegen darunter bis 7 Grad über dem langjährigen Mittel. Das Tiefdruckgebiet zieht ostwärts nach Norddeutschland. Dabei überschreiten zunächst die auf seiner Südwestseite liegenden Warmluftmassen unser Gebiet. Wetterausichten für Dienstag, 17. Jan.: Aufziehende westliche Winde, zeitweise Regen, Temperaturen noch keine wesentliche Änderung.

Karlsruher Schwurgericht. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Rudmann nahm heute, Montag, vor-mittag, die erste, auf drei Tage berechnete Schwurgerichtssitzung in diesem Jahre ihren Anfang. Der 23jährige Theodor Adam Dunaj aus Brzezz (Galizien) mußte sich wegen schweren Diebstahls und erschwerten Totschlagsversuchs verantworten. Der junge Mann hat bereits ein recht bewegtes Leben hinter sich. In Baden-Baden versuchte er einen Einbruch und wurde von dem Kriminalassistenten Pflüger über-rascht. Der Burche zog jedoch einen Revolver und feuerte auf den Beamten einen Schuß ab, der ihn lebensgefährlich am Becken verletzte. Der Angeklagte bestritt die Tötungsabsicht. Er hätte den Beamten nur schreien wollen. Auch stellte er in Abrede, ein zweites Mal gegen dessen Kopf gezielt zu haben. Der inzwischen glücklicherweise wiederher-gestellte Zeuge schilderte den Vorfall in einem wesentlich anderen Lichte. Es sei kein Zweifel, daß sich Dunaj der Fest-nahme entziehen wollte. In dem Kampfe verlor der Be-amte schließlich trotz der schweren Verletzung dem Burchen die Waffe zu entreißen. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Bei der Urteilsver-fündung bekam der Angeklagte einen Tobsuchtsanfall, in-dem er wiederholt ausrief, er verlange die Todesstrafe. Er mußte von drei Gensdarmen abgeführt werden.

Vom Kolosseumtheater. Ab Montag, den 16. Januar zieht wieder ein neues Revue-Ensemble hier ein. „Das lebende Magazin“, ein Reigen von Schönheit, Liebe und Leidenschaft, in 24 Bildern, wird unter der Direktion des Herrn Em. Tausig, der selbst Autor der Revue ist, zur Aufführung gelangen. Ihm zur Seite stehen eine große Reihe erster Künstler, u. a. Yvonne Molène, Maud Nielsen, Harry Forrester-Neumeier, zur Zeit die besten Revuestars. Daß dabei die dazugehörigen Original Magazintexte nicht fehlen braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Eine Kette bunter Bil-der zieht an dem Zuschauer vorüber und mannigfaltig, sich dem Auge auf, so abwechslungsreich und mannigfaltig, als ob man tatsächlich in einem Magazin blättere. Der Tanz beherrscht das Feld. Er tritt in allen Spielarten auf. Lei-denschaftlich führt ihn Yvonne Molène vor, deren klassisch schöner Körper von innigen Kunstempfinden besetzt ist. Zur akrobatischen Kraftentfaltung wird er bei dem Tänzerpaar Bellios und Longfield. Lustig schwingen die gutgedrillten Girls die Beine. Zum Tanz gesellt sich der Gesang. Auch der Humor kommt zum Wort. Die Ausstattung ist ge-schmackvoll, die Kostüme sind prächtig. Schlag auf Schlag folgen die Vorführungen. Soweit der Vorbericht. Näheres siehe Anzeigen. Karten sind in den Vorverkaufsstellen zu haben. Rechtzeitige Kartenreservierung ist vorteilhaft.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Rosbach, 16. Jan. In der Nacht zum Freitag brach im Maschinenhaus der Holzindustrie A.-G. (früher Wälschens Sägewerk) ein Brand aus, der so spät entdeckt wurde, daß an eine wirksame Bekämpfung nicht mehr zu denken war. Beim Eintreffen der Feuerwehr war bereits der ganze Gebäude-komplex von den Flammen ergriffen. Nach stundenlangen Bemühungen konnte das Feuer auf das Werkgebäude beschränkt werden und die in der Nähe liegenden Wohnhäuser vor einem Übergreifen des Feuers bewahrt bleiben.

D3. Breisach, 14. Jan. Am 27. März d. J. sind 100 Jahre verfloßen, seitdem der Oberst Johann Gottfried Tulla, nach dessen Gedanken und Plänen die Rheinregulierung durch-geführt ist, zu Paris starb. Zum Andenken an die bedeutender Verdienste des Obersten Tulla um die Rheinregulierung ist in Breisach auf dem Schloßplatz am 25. Oktober 1874 ein Denk-mal der Öffentlichkeit übergeben worden. Am 25. März d. J. wird nun zur Ehrung Tullas an diesem Denkmal eine schlichte Feier veranstaltet werden.

* Germersheim, 15. Jan. Auf der Tagung des Verkehrs-verbandes der Südpfalz erhob auch die Stadt Germersheim Anspruch auf den Bau einer festen Rheinhütte für den Fuß- und Wagenverkehr, da es aus technischen Gründen ausgeschlos-sen sein soll, die bestehende Eisenbahnbrücke für diesen Zweck zu verbreitern. Als statistisches Material wurde hierzu be-kannt gegeben, daß im Durchschnitt täglich 13 Öffnungen der Schiffsbrücke mit einem Zeitaufwand von sechs Stunden not-wendig seien. Die jährliche Unterhaltung der Schiffsbrücke beansprucht die hohe Summe von 80 000 RM, die zur Amor-tisation und Verzinsung einer festen Brücke hinreichen würden.

D3. Landau, 15. Jan. Im 81. Lebensjahr ist der Musik-dirigent Alexander Löwe, dessen letztes Werk, der „Oden-burg-Marsch“, am 80. Geburtstag des Reichspräsidenten von vier Regimentskapellen in Berlin gespielt wurde, gestorben. Bei dem Kriege von 1870/71 machte er als Trompeter den Todesritt bei Mars la Tour mit.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Jan.		14. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.13	169.47	169.20	169.54
Kopenhagen 100 Kr.	112.38	112.60	112.42	112.64
Italien 100 L.	22.19	23.00	22.185	22.225
London 1 Pf.	20.452	20.492	20.46	20.50
Newport 1 D.	4.1930	4.2010	4.1935	4.2015
Paris 100 Fr.	16.43	16.59	16.495	16.535
Schweiz 100 Fr.	80.785	80.945	80.82	80.98
Wien 100 Schilling	59.07	59.19	59.075	59.195
Brag 100 Kr.	12.43	12.45	12.435	12.455

Der Großhandelsindex. Die auf den 11. Januar berech-nete Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vormoche von 139,4 auf 139,0 zurückgegangen.

Verschiedenes

Hochofenexplosion — Bisher zwei Tote geborgen. W. B. Bellingen (Saargebiet), 16. Jan. (Tel.) Heute früh gegen 5 Uhr entstand auf der Bellingener Hütte eine schwere Hochofenexplosion. Die glühenden Massen des explo-dierenden Hochofens ergossen sich im Umkreis mehrere Meter weit, wodurch eine Anzahl Arbeiter teilweise schwer verletzt wurde. Bis 8 Uhr waren die Leichen von zwei bis zur Un-kenntlichkeit verbrannten Hochofenarbeitern geborgen. Wenn Arbeiter und Angestellte wurden verletzt, zwei Arbeiter wer-den noch vermisst. Die Aufräumungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da die glühenden Schuttmassen noch ständig nachrutschen.

Selbstmord des Führers des Wilmersdorfer Krematoriums W. B. Berlin, 16. Jan. (Tel.) Der Pförtner Jepsen des Wilmersdorfer Krematoriums, in dem vor einigen Tagen die Leiche des Krematoriums-Winlers des Goldgebietes ver-brannt worden war, wurde heute früh an einer Straßenkreuzung in Wilmersdorf an einem Baum erhängt aufgefunden. Jepsen war vor kurzem in dieser Angelegenheit, in der be-reits zwei Zeiger verhaftet worden waren, von der Kriminal-polizei vernommen worden.

Offenburg. M. 297
Handelsregister eintrag A
Band I D.-Z. 72, Firma **C. Oberbrunner** in Offenburg:
Kaufmann Eduard Harry
Cohn in Offenburg ist als
persönlich haftender Gesell-
schafter in das Geschäft ein-
getreten. Dessen Prokura ist
erloschen. Offene Handels-
gesellschaft seit 1. Januar
1928. Geschäftszweig: Wein-
handlung und Branntwein-
brennerei. Geschäftssitz:
Wilhelmstr. 15. D.-Z. 76,
Firma **Carl Stumpf** in
Offenburg: Der Firmenin-
haber Kaufmann Carl
Friedrich Stumpf, Kauf-
mann in Offenburg, über-
gegangen, welcher dasselbe
unter der jetzigen Firma
unverändert weiterführt.
Geschäftszweig: Damen- u.
Kinderverkleidung. Geschäfts-
sitz: Hauptstraße 43. Bb. II
D.-Z. 108, Firma **Jugend-
weber & Co., Heizungs-
Rüstungs- und Sanitäre
Anlagen, Abwärmever-
wertung jeder Art** in Offen-
burg: Die Gesellschaft ist
aufgelöst. Der Geschäftsführer
Josef Weber ist aus der Ge-
sellschaft ausgetreten. Das
Geschäft samt Firma wird
von dem Geschäftsführer Ju-
gendweber als Einzel-
firma unter der jetzigen
Firma unverändert weitergeführt.
Geschäftssitz:
Wasserstr. 2. Bb. B
Band I D.-Z. 40, Firma
**Süddeutsche Elektro-
und Maschinen-Fabrik** Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Offenburg: Die
Vertretungsbefugnis d. Ge-
schäftsführers Emil Hogger
in Offenburg ist beendet, die
Firma erloschen. Offenburg,
den 2. Januar 1928.
Bad. Amtsgericht.

Offenburg. M. 338
Handelsregister eintrag
Bb. I D.-Z. 2, Firma **Boos & Bahn**
Emaillierwerk-Plattfabrik
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Offenburg. Gegenstand
des Unternehmens ist die Herstellung
und der Vertrieb von Email- und
Metallindustrie. Die Ge-
sellschaft kann die Herstell-
ung und den Vertrieb
auch verwandter Artikel
aufnehmen und ist berech-
tigt, Zweigniederlassungen
im In- und Ausland zu
errichten, sich an verwand-
ten Unternehmen zu betei-
ligen oder sich an ver-
wandte Unternehmen an-
zuschließen. Das Stamm-

Offenburg. M. 338
Handelsregister eintrag
Bb. I D.-Z. 2, Firma **Boos & Bahn**
Emaillierwerk-Plattfabrik
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Offenburg. Gegenstand
des Unternehmens ist die Herstellung
und der Vertrieb von Email- und
Metallindustrie. Die Ge-
sellschaft kann die Herstell-
ung und den Vertrieb
auch verwandter Artikel
aufnehmen und ist berech-
tigt, Zweigniederlassungen
im In- und Ausland zu
errichten, sich an verwand-
ten Unternehmen zu betei-
ligen oder sich an ver-
wandte Unternehmen an-
zuschließen. Das Stamm-

Offenburg. M. 338
Handelsregister eintrag
Bb. I D.-Z. 2, Firma **Boos & Bahn**
Emaillierwerk-Plattfabrik
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Offenburg. Gegenstand
des Unternehmens ist die Herstellung
und der Vertrieb von Email- und
Metallindustrie. Die Ge-
sellschaft kann die Herstell-
ung und den Vertrieb
auch verwandter Artikel
aufnehmen und ist berech-
tigt, Zweigniederlassungen
im In- und Ausland zu
errichten, sich an verwand-
ten Unternehmen zu betei-
ligen oder sich an ver-
wandte Unternehmen an-
zuschließen. Das Stamm-

Offenburg. M. 338
Handelsregister eintrag
Bb. I D.-Z. 2, Firma **Boos & Bahn**
Emaillierwerk-Plattfabrik
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Offenburg. Gegenstand
des Unternehmens ist die Herstellung
und der Vertrieb von Email- und
Metallindustrie. Die Ge-
sellschaft kann die Herstell-
ung und den Vertrieb
auch verwandter Artikel
aufnehmen und ist berech-
tigt, Zweigniederlassungen
im In- und Ausland zu
errichten, sich an verwand-
ten Unternehmen zu betei-
ligen oder sich an ver-
wandte Unternehmen an-
zuschließen. Das Stamm-

Offenburg. M. 338
Handelsregister eintrag
Bb. I D.-Z. 2, Firma **Boos & Bahn**
Emaillierwerk-Plattfabrik
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Offenburg. Gegenstand
des Unternehmens ist die Herstellung
und der Vertrieb von Email- und
Metallindustrie. Die Ge-
sellschaft kann die Herstell-
ung und den Vertrieb
auch verwandter Artikel
aufnehmen und ist berech-
tigt, Zweigniederlassungen
im In- und Ausland zu
errichten, sich an verwand-
ten Unternehmen zu betei-
ligen oder sich an ver-
wandte Unternehmen an-
zuschließen. Das Stamm-

Offenburg. M. 338
Handelsregister eintrag
Bb. I D.-Z. 2, Firma **Boos & Bahn**
Emaillierwerk-Plattfabrik
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Offenburg. Gegenstand
des Unternehmens ist die Herstellung
und der Vertrieb von Email- und
Metallindustrie. Die Ge-
sellschaft kann die Herstell-
ung und den Vertrieb
auch verwandter Artikel
aufnehmen und ist berech-
tigt, Zweigniederlassungen
im In- und Ausland zu
errichten, sich an verwand-
ten Unternehmen zu betei-
ligen oder sich an ver-
wandte Unternehmen an-
zuschließen. Das Stamm-

Todesanzeige

Heute abend verschied nach schwerem Leiden mein guter Mann,
unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Otto Eberbach

Oberforstrat

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Rosa Eberbach geb. Dietz
Liesel Jäger geb. Eberbach
Otto Eberbach, cand. agr.
Lotte Eberbach
Herbert Eberbach, stud. forest.
Ruthild Eberbach
Franz Jäger, Forstrat

Radolfzell, den 13. Januar 1928. 69

Stille Beerdigung

Öffentl. Sparkasse Zentheru.

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
Ehlothehen-Darlehen	68 141,57	Spareinlagen	83 088,33
Schuldlothehen-Darlehen	40 523,71	Spareinlagen - Aufwertung	140 523,45
Bei Banken	1 000,-	Anleihenkapitalien	2 721,96
Kassenborrat	5 278,66		
Gerätschaften	336,93		
Einnahme-Rückstände	2 229,17		
	117 510,04		226 332,74
			117 510,04
			108 822,70

Zentheru, den 10. Januar 1928. M. 289

Öffentliche Sparkasse Zentheru
Der Verwaltungsrat:
Kunz, Bürgermeister. Hafensius, Rechner.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

COLOSSEUM

KARLSRUHE

Ab 16. Januar 1928

Die große Russtatts-Revue

Das lebende Magazin

Ein Reigen von Anmut, Schönheit und Leidenschaft
in 24 Bildern von „EM TAUSIG“
Am Dirigentenpult der Komponist:
THEO A. KÖRNER

Die Solo-Kräfte:

Yvonne Molins, die berühmte Tanztagödin und der
Revue-Star vom Apollo-Theater, Wien
Harry Forrester Neumeyer konfiziert und bringt
stimmungsvolle eigene Dichtungen

Maud Nielsen,
der deutsch-amerikanische Revuestern
von der Komischen Oper, Berlin

Baroness Eta von Poll,
die Frau von unvergleichlicher Rasse, von der
Komischen Oper, Wien

Die Original-Magazin-Girls!

Katja Lau-Schikowski
Prima Ballerina des Russ.-Rom. Theaters

Mm. Helios und Mr. Longfield
vom Olympia Paris

Elsa von Lorraine

AH Bern
Solo-Tänzer der Reinhardt-Bühnen

Opernsänger Stefan Kappel
vom Staats-Theater, München

Imi Syst. Renaissance der Spitze

Vorverkauf ohne Aufschlag nur im Zigarrenhaus
Meyle, Eckelwald- und Kaiserstraße und Odeon-
Musikhaus Kaiserstraße 175

Detektiv-Institut

u. Privat-
Kaufmann

Mannheim
O 6, 6
Pfeiffer
Schwanstraße 33/35

A. Maier & Co., G.m.b.H.

Konkursveröffnug.
M. 319. Eugen. Über das
Vermögen des Kaufmanns
Albert Wünger in Zimmern-
ingen wird heute am 11.
Januar d. J., nachmittags
6 Uhr, das Konkursver-
fahren eröffnet, da Ge-
meinschuldner zahlungsun-
fähig ist.

Gutierrez
Ehdonie
Gedwig

Güder
Genter
Bertram

Der Rechtsanwält Trotter
in Donaueschingen wird zum
Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind
bis zum 1. Februar 1928 bei
dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anbe-
raumt vor dem diesseitigen
Gerichte zur Beschlußfah-
rung über die Verbehaltung
des ernannten oder die
Wahl eines andern Ver-
walters sowie über die Ver-
stellung eines Gläubiger-
ausschusses und eintreten-
denfalls über die in § 132
der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände und
zur Prüfung der ange-
meldeten Forderungen auf
Mittwoch, den 8. Februar 1928,
nachmittags 1/2 3 Uhr.
Allen Personen, welche
eine zur Konkursmasse ge-
hörige Sache im Besitz haben
oder zur Konkursmasse
etwas schuldig sind, wird
aufgegeben, nichts an den
Gemeinschuldner zu verab-
folgen oder zu leisten, auch
die Verpflichtung auferlegt,
von dem Besitze der Sache
und von den Forderungen,
für welche sie aus der Sache
abgeforderte Befriedigung
in Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum
1. Februar 1928 Anzeige
zu machen.
Eugen, 11. Januar 1928,
Geschäftsstelle d. Amtsgerichts.

Stolzenthaler Brand
Schalantzer Berg
Barbara Ermarth
Martin Kloeble
Josefa Rademacher
Frauendorfer
Duncker Graf
Michel Quaiser
Frey Hietl
Schön Schneider
Anna Ziegler
Eduard Leitgeb
Haller Mehner
Beller Ditholt
Reif Wöberl
Stöckl Dpmar
Kattcher Reinatg
Sedlberger Schellenberger
Rostinger Gemmede
Tonl Dennig
Ahtwanger Kübne
Berger Brüter
Winnna Silber
Stille Wiedel
Krafft Rehner
Lomezl Othholt
Schöfel Rivinius
Werner Rienschel
Söder Weidner
Seeburger Schmidt-Schüler
Anfang 20 Ende geg. 22 1/2
I. Rang und I. Sperritz
5 RM

Mi. 18. Jan.: Der Troubadour.
Do. 19. Jan.: Die Journalisten.

Ludwig Schweigsut

Karlsruhe i. B.
Erbsprinzenstraße 4
beim Rindlystraße

Flügel Pianos 724

Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Badisches Landestheater

Dienstag, 17. Januar 1928
* A 15 Th.-Gem. 101-300

Das vierte Gebot

von Angenrüber
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Gutierrez
Ehdonie
Gedwig

Güder
Genter
Bertram